

**Antrag 48/I/2021**

**Unterbezirk Dahme-Spreewald,  
Ortsverein Königs Wusterhausen  
Der/Die Landesparteitag möge  
beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**

**Annahme (Konsens)**

**Einheitliches Krisenmanagement in Berlin und Brandenburg**

1 Die SPD-Landtagsfraktion und  
2 die SPD-geführte Landesregie-  
3 rung werden aufgefordert, ein  
4 einheitliches Krisenmanage-  
5 ment in Berlin und Brandenburg  
6 künftig sicherzustellen.

7

8 **Begründung**

9 Die Corona-Pandemie zeigt, wie  
10 wichtig ein einheitliches Krisen-  
11 management ist. Insbesondere  
12 fällt auf, dass die beiden Länder  
13 Berlin und Brandenburg keine  
14 einheitlichen Maßnahmen ge-  
15 staltet haben, was zu kommuni-  
16 kativen und realen Missständen  
17 geführt hat. Zum Beispiel blieben  
18 in Brandenburg die Fahrradlä-  
19 den eine Zeit lang geschlossen,  
20 in Berlin waren diese jedoch  
21 geöffnet. Das führte dazu, dass  
22 die Brandenburger\*innen ihre  
23 Fahrräder in Berlin kauften. Das  
24 führte zu weiteren Pendlerbe-  
25 wegungen, die insbesondere  
26 bei der Eindämmung des Pan-  
27 demiegeschehens zweckwidrig

28 erscheinen. Solche Beispiele  
29 könnten für viele weitere Berufs-  
30 und Alltagssituationen aufgezeigt  
31 werden. Die unterschiedlichen  
32 Maßnahmen im Rahmen der  
33 Umgangsverordnungen irritieren  
34 die Bürger\*innen Brandenburgs  
35 und Berlins, da sie nicht einheit-  
36 lich gestaltet und kommuniziert  
37 werden. Berufs-, Schul- und All-  
38 tagpendler\*innen müssen zwei  
39 Verordnungen beachten, die  
40 zudem kontinuierlich aktualisiert  
41 werden.